

# Globale Gefahren

Frieden, Demokratie und Rechte sind vor dem Hintergrund der angeschlagenen Weltwirtschaft zunehmend in Gefahr. In vielen Ländern hat sich die Lage seit dem IGB-Kongress in Berlin verschlechtert, und die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, Armut und wirtschaftlicher Unsicherheit als Konfliktursachen treten immer deutlicher zutage. Der historische Höchststand der Arbeitslosigkeit, weitverbreitete Ungleichheit und Armut sind ein fruchtbarer Nährboden für die Anwerbung zu rechtlosen Banden und für fundamentalistische Zwecke. Angriffe auf die Vereinigungsfreiheit und den sozialen Dialog, das Verschwinden demokratischer Spielräume in vielen Ländern, die katastrophalen Folgen des Ebola-Virus und die schlimmste Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg tragen erheblich zur Eskalation globaler Gefahren bei.

Nationalistische und sektiererische Bestrebungen breiten sich aus, Extremismus und Intoleranz rücken in der politischen Landschaft vieler Länder immer mehr in den Mittelpunkt.

In rund 40 Ländern herrschen bewaffnete Konflikte unterschiedlicher Intensität, und die Zahl der bewaffneten Gruppen wird immer größer. In der Region Nahost/Nordafrika haben sich die Konflikte verschärft, durch den Aufstieg dschihadistischer Gruppen wie des Islamischen Staates, Aufstände und Instabilität in Nordafrika und die permanenten Spannungen zwischen Israel und Palästina, da die israelische Regierung jegliche Fortschritte in Richtung auf Frieden und eine gerechte Lösung blockiert. Die Situation an der Grenze zwischen Russland und der Ukraine droht, zu einem neuen Kalten Krieg zu eskalieren, mit nur wenig oder keiner Aussicht auf eine Verhandlungslösung in naher Zukunft. In der asiatisch-pazifischen Region nehmen die geopolitischen Spannungen zu, und in einigen Ländern gehen die Aufstände weiter. In mehreren afrikanischen Ländern sind interne Konflikte und/oder Dschihadisten-Aufstände ausgebrochen, und organisierte Gewaltverbrechen, zum Teil im Einvernehmen mit der Regierung, kosten in einigen lateinamerikanischen Ländern Tausende Menschenleben. In praktisch all diesen Fällen sind Frauen und Kinder unverhältnismäßig stark betroffen, u.a. durch Versklavung und Menschenhandel.

In manchen Fällen, in denen Frieden ausgehandelt und die Demokratie vorangebracht wurde, ist beides jetzt wieder in Gefahr. Die Drohungen und tätlichen Angriffe auf die UGTT in Tunesien zielen darauf ab, ihre zentrale und historische Rolle bei einer neuen Richtungsweisung für ihr Land zu untergraben, während in Nordirland die Gefahr besteht, dass die Friedensvereinbarung durch einen Rückzug ins Sektierertum untergraben wird, geschürt durch die drastischen Kürzungen unerlässlicher öffentlicher Ausgaben.

Es gibt aber auch neue Kriegstreiber. Das immense Vermögen insbesondere Saudi-Arabiens und Katars dient dazu, Stellvertreterkriege in Syrien und Irak zu führen und anderswo Aufstände zu unterstützen. Es gibt mittlerweile rund 40 bewaffnete Gruppen im Irak und 60 in Syrien, unterschiedlicher Stärke und wechselnder politischer Loyalitäten. Millionen Menschen in der Region wurden vertrieben, und der IGB, die ITF und der EGB werden eine gemeinsame Delegation in die Türkei entsenden, wo Hunderttausende Flüchtlinge aus Konfliktregionen Zuflucht suchen.

Die Kapazitäten der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung reichen nicht aus, und das Zögern der UN in Verbindung mit der Tatsache, dass viele Länder hinsichtlich ihrer Rolle bei der Wahrung von Frieden und Sicherheit auf Abstand gehen, führt dazu, dass Millionen Menschen ohne Schutz und ohne Hoffnung auf Frieden dastehen.

Ein Schlüsselfaktor für die Zunahme bewaffneter Konflikte ist die anhaltende Zurückdrängung der Rolle des Staates, da private Unternehmen und der Finanzsektor vermehrt die Kontrolle über die Entscheidungsprozesse übernehmen

– auf Kosten der Demokratie. Es ist ihnen gelungen, die Reform des globalen Finanzsystems aufzuhalten, gefügige Regierungen zu finden, die Steueroasen schaffen, und ein internationales Handelsmodell durchzusetzen, das den Interessen der Wirtschaft zunehmend Vorrang einräumt, falls diese im Widerspruch zum öffentlichen Interesse stehen. Die Weltweite Umfrage des IGB hat deutlich gemacht, dass 78 Prozent der Menschen heute der Ansicht sind, dass ihre Volkswirtschaft nur den Reichen dient, während 84 Prozent glauben, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht genügend Einfluss auf die wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse nehmen können. Das vorherrschende internationale Handelsmodell führt zur Ausbreitung von Lieferketten, die die Beschäftigten verarmen lassen, misst Profiten kontinuierlich größeres Gewicht bei als den Löhnen und untergräbt demokratische Entscheidungsprozesse, indem die Regierungen nicht rechenschaftspflichtigen ISDS-Verfahren unterworfen werden. Dies steht im krassen Widerspruch dazu, was ein wünschenswertes Handelssystem bewirken sollte, nämlich die Interdependenz erhöhen, den Wohlstand teilen und das Konfliktpotenzial vermindern.

Den Regierungen, die zunehmend den Wirtschaftsinteressen verpflichtet sind, fehlt häufig der Mut für Maßnahmen zur Begrenzung oder Abwendung globaler Gefahren. Die wahre Rolle des Staates, d.h. einen Ordnungsrahmen zu schaffen und Dienstleistungen im Interesse der Menschen zu erbringen sowie Lösungen für die Herausforderungen auf nationaler und globaler Ebene zu finden, muss wiederhergestellt werden.

Dennoch ist die Forderung der Menschen nach Redefreiheit und demokratischen Rechten, wo diese nicht vorhanden oder in Gefahr sind, ungebrochen. Die Bevölkerung Hongkongs lässt mit Unterstützung des HKCTU keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit, Demokratie durchzusetzen, und in allen Teilen der Welt gibt es Beispiele für eine Mobilisierung der Menschen für Rechte, wobei die Gewerkschaften häufig eine zentrale Rolle spielen.

Die jüngste Geschichte hat gezeigt, dass die Regierungen zusammenarbeiten können, um Themen von weltweiter Relevanz anzugehen. Nach sechsjährigen komplexen Verhandlungen über eine Vielzahl strittiger Fragen wird der Vertrag der Vereinten Nationen zur Kontrolle des Waffenhandels nur eine Woche nach dieser Vorstandssitzung in Kraft treten. 122 Länder haben diesen Vertrag unterzeichnet und 54 haben ihn bereits ratifiziert. Obwohl er nicht perfekt ist, wird doch endlich versucht, für mehr Transparenz und eine gewisse Regulierung des internationalen Waffenhandels zu sorgen. Die Regierungen sind nach wie vor imstande, sich Herausforderungen zu stellen, häufig aber erst dazu bereit, wenn ihnen der Druck der Öffentlichkeit keine andere Wahl lässt.

Die geschwächte Rolle von Regierungen und globalen Institutionen wird durch altbekannte Gefahren für die weltweite Sicherheit und neue Risiken bis an ihre Grenzen getestet werden.

Die Gefahr einer weiteren Verbreitung von Atomwaffen und das Schreckensszenario eines nordkoreanischen Atomschlages versetzen die Menschen in der Region und überall auf der Welt kontinuierlich in Angst. Der Erhalt des weltweiten tödlichen Atomwaffenarsenals kostet etwa 100 Milliarden Dollar pro Jahr. Dieses Geld könnte für grundlegende menschliche Bedürfnisse verwendet werden, ebenso wie ein Großteil der 1,7 Billionen Dollar an jährlichen Militärausgaben weltweit. Die Rüstungsindustrie macht weiterhin riesige Gewinne, wobei mehr als 100 Unternehmen Rüstungsverkäufe von über 700 Millionen Dollar pro Jahr zu verzeichnen haben (ohne China) und die größten von ihnen jedes Jahr Rüstungsgüter im Wert von vielen Milliarden Dollar verkaufen.

Die drohende Verwüstung durch einen ungebremsten Klimawandel ist eine allgegenwärtige Gefahr, da es immer häufiger zu Klimakatastrophen kommt und die Konkurrenz um Land, Trinkwasser und andere lebenswichtige Ressourcen angesichts eines steigenden Meeresspiegels größer wird.

Eine Eskalation des Cyber-Konfliktes ist ein weiterer Bereich, der erhebliche neue Gefahren birgt. Bereits jetzt setzen die Regierungen und ihre Handlanger bei einer Vielzahl aktueller Konflikte Cyber-Technologien gegen andere Staaten und in vielen Fällen auch gegen Volksbewegungen für Demokratie und Rechte ein. Über diese Fälle hinaus lauert das Schreckgespenst eines ausgewachsenen Cyber-Krieges, den viele Länder mittlerweile in ihre militärische Planung integriert haben. Dies beinhaltet die Störung und Zerstörung kritischer Infrastrukturanlagen und die Möglichkeit, dass der Zivilbevölkerung unermesslicher Schaden zugefügt wird. Viele Beobachter halten es

lediglich für eine Frage der Zeit, wann derartige destruktive Technologien entfesselt werden.

Es gibt immer mehr globale Gefahren, und das internationale System hat darauf bis heute keine Antworten gefunden. Zudem sind viele Länder nicht widerstandsfähig genug, um im Ernstfall mit diesen Gefahren fertig zu werden. Die Ebola-Epidemie ist ein anschauliches Beispiel für die Folgen jahrzehntelanger entwicklungs- und ordnungspolitischer Versäumnisse. Trotz eindringlicher Warnungen der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen und anderer wird die langsame Reaktion der internationalen Gemeinschaft Tausende Menschenleben kosten, bis die Epidemie unter Kontrolle gebracht ist.

Vor diesem Hintergrund sind die einende Rolle der Gewerkschaftsbewegung, ihre demokratische Legitimität und ihr Engagement für Demokratie und Frieden wichtiger denn je. Der Einsatz für Gewerkschaftsrechte und gegen Angriffe auf den sozialen Dialog ist selbst ein Akt der Demokratie und des Friedens. Die Bemühungen um Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit sind unerlässlich für die Garantie der sozialen Gerechtigkeit und Stabilität und die Beendigung der Ungleichheit und wirtschaftlichen Entbehrungen als Hauptkonfliktursachen. Der soziale Dialog zur Untermauerung des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft ist ein weiteres Beispiel für die zentrale Rolle der Gewerkschaften bei der Bewältigung globaler Krisen, die, wenn nichts unternommen wird, drohen, das gesellschaftliche Gefüge zu zerstören.

Darüber hinaus muss sich die Gewerkschaftsbewegung den Herausforderungen einer sich verändernden Arbeitswelt stellen. Angesichts der Dominanz der Wirtschaftsinteressen über die Regierungspolitik bergen die technologischen Fortschritte sowohl im Bereich der technischen Anwendungen als auch hinsichtlich des immens ausgeweiteten Zugangs zu Technologien die Gefahr, dass sie dazu verwendet werden, um die Ungleichheit und die Unsicherheit zu vertiefen. Das muss jedoch nicht zwangsläufig eintreten, und die Gewerkschaftsbewegung muss bereit sein, die Zukunft der Arbeit so mitzugestalten, dass die Menschen davon profitieren und nicht nur die Unternehmensbilanzen. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen müssen erneute Investitionen in Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit und die Umsetzung der IAO-Erklärung über soziale Gerechtigkeit stehen.

## **Empfehlungen:**

### **Der Vorstand:**

- bekräftigt das Engagement des IGB für globale nukleare Abrüstung und seine Kampagne für den Atomwaffensperrvertrag. Er fordert alle Mitglieds- und Regionalorganisationen auf, die Petition zu unterstützen, die den Vereinten Nationen bei der Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages oder Nichtverbreitungsvertrages (NVV) 2015 vorgelegt werden soll;
- ruft alle Regierungen dazu auf, die Weltgesundheitsorganisation dabei zu unterstützen, Ressourcen zu mobilisieren, um die Ebola-Epidemie und andere globale gesundheitliche Herausforderungen in den Griff zu bekommen und zu überwinden;
- verpflichtet den IGB zur Ermöglichung länderübergreifender Foren während des Jahres 2015, angefangen in Weißrussland, um neue Gefahren zu erörtern, damit wir unsere kollektive Stimme für Vereinigungsfreiheit und Demokratie erheben können, gefolgt von einem globalen Gipfel 2016;
- billigt die Koordination eines umfassenden Berichtes im Jahr 2015 mit Beiträgen von Mitglieds- und Regionalorganisationen und anderen, um globale Gefahren vor dem Hintergrund der Stärke sowohl der Vereinigungsfreiheit als auch anderer demokratischer Rechte einzuschätzen;
- bestätigt, dass der IGB die IAO-Initiative bezüglich der Zukunft der Arbeit anlässlich des hundertjährigen Bestehens der IAO unterstützt und die Mitgliedsorganisationen und GUFs 2015 konsultieren wird, um einen Vorschlag bezüglich strategischer Interventionen bei den Beratungen der IAO in der Vorbereitungsphase auf 2019 auszuarbeiten.